



Mitgliederrundbrief 120

Juni 2021

Liebe Mitglieder.

Liebe Kommunalpolitiker*innen,

Wahlkampfzeit ist die Zeit, Politik zu erklären und zu vermitteln. Es ist die Zeit, in der die Bürger*innen sich intensiv mit der Politik austauschen. Neben den Kandidierenden ist das gerade für die Kommunalpolitiker*innen eine große Herausforderung, da ihr immer angesprochen werdet, da ihr die Aktiven vor Ort seid.

In diesem Sinne wünsche ich euch fruchtbare Gespräche und Anregungen.

Ihr erfahrt, was in der Kommunalverfassung geändert wird und wie ihr die Homepage der Landtagsfraktion für eure Arbeit nutzen könnt. Klimaschutz und Mobilität sind weitere Schwerpunkte, sowie ländliche Räume und klare Kante gegen Rechte.

Schöne Grüße

Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

1	
Grüne kommunale Kandidat*innen	2
Änderung Kommunalverfassung	2
Homepage der Landtagsfraktion als Fundus für Kommunalpolitiker*innen-	3
Reform Kommunaler Finanzausgleich	4
Steuertipp Aufwandsentschädigungen v	4
Ländliche Räume- Stadt neu denken	4
Neuaufgabe der LEADER-Broschüre	4
Regionalversammlung mit allen Ämtern	5
Stadt Land Zukunft – gleiche Chancen in allen Regionen-	5
Stadt neu Denken	6
Klimaschutz	6
Klimaplan Brandenburg	6
Klimaschutz bei knapper Haushaltskasse	6
Arbeitshilfe Klimaschutz:	6
Mobilität	7
Bike-and-Ride-Anlagen	8
Die neue AKP 3/2021 Mobilität!	8

BSBB Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg	9
Bibliotheken in ländlichen Räumen	9
Broschüre: „Pflege vor Ort gestalten“ –g	9
Keine Räume für Parteien aus a. Ländern	9
Umgang mit Hass und Hetze	10
Dicke Luft: Rechte Klimaschutzkritik in der Kommunalvertretung kontern!	10

Kommunal

Grüne Kandidat*innen

Die MOZ titelte „Ur-Schwedterin Elisabeth Becker will für die Grünen ins Rathaus in Schwedt“. Die Stadtverordnete wurde von den Bündnisgrünen nominiert und sitzt auch im Kreistag Uckermark und ist dadurch gut vernetzt. Die Wahl findet im September statt.

In Woltersdorf tritt der bekannte Kommunalpolitiker und Rechtsanwalt Jan Manshardt an.

Gestern hat der Kreisverband Teltow-Fläming Klaus- Peter Gust zum Grünen Landratskandidaten gewählt.

Alle Wahlen finden zeitgleich zur Bundestagswahl statt.

Änderung Kommunalverfassung

Erleichterungen für Bürgerbegehren und digitale Sitzungsteilnahme auch nach Corona

In dieser Woche bringen die Koalitionsfraktionen einen Vorschlag für eine Reform der Kommunalverfassung ins Landtagsplenum ein. Dabei sind insbesondere für **Bürgerbegehren** Verbesserungen erreicht worden.

Dazu sagt **Heiner Klemp**, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag:

„In der Vergangenheit sind die Hälfte der Bürgerbegehren an rein formalen Gründen gescheitert – und das erst nach einer meist aufwändigen Unterschriftensammlung. Das erzeugte verständlichen Frust bei den Initiator*innen, denn damit waren alle Unterschriften ungültig. Durch die frühzeitige Prüfung haben die Vertrauenspersonen zukünftig die Möglichkeit, derartige Probleme auszubügeln, noch bevor die Sammlung der Unterschriften überhaupt beginnt. Ich freue mich, dass es uns jetzt gelingt, die direktdemokratischen Verfahren zu stärken und eine wesentliche Schwachstelle der bisherigen Praxis zu beseitigen. Ich danke besonders dem Verein Mehr Demokratie e.V. Berlin-Brandenburg, der uns bei diesem Reformvorhaben eng und konstruktiv begleitet hat.“

Die Änderung der Kommunalverfassung sieht auch die Einführung eines **verpflichtenden Ortsteilbudgets** vor. Künftig werden damit alle Ortsbeiräte über Mittel verfügen, um ortsteilbezogene Ausgaben zu tätigen und eigenständig Entscheidungen mit ganz konkreten Auswirkungen vor Ort treffen zu können. Die Höhe des Budgets wird durch die jeweilige Gemeindevertretung festgelegt, die damit ihr Budgetrecht behält. Die Einführung von Ortsteilbudgets war eine Empfehlung der Enquetekommission Ländliche Räume des 6. Brandenburger Landtags; die rot-schwarz-grüne

Kommission beginnt damit mit der versprochenen Umsetzung ihrer Ergebnisse.

Während der Corona-Pandemie haben sich **digitale Sitzungsformate** bewährt. Zwar soll die Präsenzsitzung bald wieder der Normalfall sein, jedoch können Gemeindevertreter*innen künftig aus gesundheitlichen, familiären, beruflichen und vergleichbaren Gründen ausnahmsweise auch an regulären Sitzungen digital teilnehmen. Sollten es die Corona-Pandemie oder auch lokal begrenzte Notlagen wie Waldbrände notwendig machen, können die Gremien darüber hinaus eigenständig eine Notlage feststellen und vollständig digital tagen.

Dazu **Heiner Klemp**:

„Wer gerade auf Dienstreise ist oder keinen Babysitter findet, wer den kranken Vater pflegt oder wegen einer fehlenden Busverbindung spätabends vom Sitzungsort nicht mehr heim kommt, muss deswegen nicht auf die Ausübung des Mandats verzichten. Wir ziehen damit die Lehren aus mehr als einem Jahr Kommunalpolitik in der Pandemie, erhoffen uns aber auch Hürden abzubauen für diejenigen, die sich bislang keine kommunalpolitische Aktivität vorstellen konnten.“

Hintergrund

Das Kommunale Notlagegesetz und die darauf aufbauende Kommunale Notlageverordnung hatten die Handlungsfähigkeit kommunaler Organe gemeinsam mit weiteren Maßnahmen auch in der Pandemie gesichert. Das Kommunale

Notlagegesetz verliert zum 1. Juli 2021 seine Gültigkeit.

[Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales \(pdf\)](#)

Neue Homepage der Landtagsfraktion- ein Fundus für Kommunalpolitiker*innen

Ihr habt es vielleicht schon mitbekommen: Seit Ende letzten Jahres hat die Landtagsfraktion eine neue Website. Na klar: Wir wollten unsere Inhalte ein wenig moderner und strukturierte darstellen. Aber besonders wichtig und für euch wahrscheinlich am relevantesten ist: Wir haben alle Inhalte erhalten – seit 2009. Unsere Seite ist deshalb eine richtige Fundgrube (oder wie wir hier häufiger liebevoll sagen: „das Gedächtnis der Fraktion“) geblieben. Egal, mit welchen Themen ihr euch beschäftigt, es ist ziemlich wahrscheinlich, dass es irgendwo auf unserer Seite schon was dazu gibt. Es lohnt sich also immer, unsere Seite aktiv als Wissensdatenbank zu verwenden!

Damit ihr die Website effizient nutzen könnt, hier ein paar Hinweise:

Eine gute **Übersicht** über alles, was wir gerade bearbeiten, gibt es auf der Startseite, etwas weiter unten, unter „Aktuelles“.

Zu unseren ganzen **Themen** kommt ihr am besten über Themen > [Alle Themen](#). Wenn ihr hier etwas nach unten scrollt, findet ihr eine Liste aller unserer Themen. Klickt ihr nun auf das Thema eurer Wahl, so findet ihr auf der entsprechenden

Themen-Seite alle Artikel, Pressemitteilungen, Anträge, Reden und Anfragen.

Ihr könnt natürlich auch direkt nach bestimmten Formaten suchen: Anträge, Kleine Anfragen usw. findet ihr unter „Im Parlament“; Positionspapiere unter „Über uns“ > [„Unsere Fraktion“](#), alle Pressemitteilungen oben rechts bei „Presse“.

Ganz Wichtig: Für alle Listen mit Pressemitteilungen, Anträgen usw. werden zunächst nur die Einträge der aktuellen Legislaturperiode angezeigt. Wenn ihr aber auf **„Filter“** klickt, könnt ihr den Zeitraum einstellen („Alle (Okt. 2009“). Diese Filterfunktion gibt es überall dort, wo unsere Inhalte als Liste dargestellt werden.

Meist ist natürlich die **Suche** der schnellste Weg (oben rechts). Die Ergebnisse sind nach Relevanz geordnet und, wie eben geschrieben, als Standard auf die aktuelle Legislaturperiode begrenzt. Beides könnt ihr aber ebenso im Filter umstellen.

Wir hoffen, dass unsere Website euch gute Dienste erweist. Nicht immer ist alles sofort hochgeladen – aber wir geben uns Mühe, so tagesaktuell als nur möglich zu sein. Meldet euch bei Fragen und Kritik immer und jederzeit gerne. Am besten an medien@gruene-fraktion.brandenburg.de.

Reform Kommunalen Finanzausgleich

Heiner Klemp und Thomas von Gizycki wollen mit den Kommunalpolitiker*innen über die Reform des kommunalen Finanzausgleichs sprechen. Das

wird ein Prozess an dessen Ende im nächsten Jahr ein neues Finanzausgleichsgesetz steht. Darin sind die Schlüsselzuweisungen für Städte und Gemeinden sowie Landkreise geregelt. Bei einem ersten Termin dazu am kommenden Mittwoch wollen wir Euch darüber informieren, Fragen beantworten und gemeinsam überlegen, wie wir als Partei uns diesem Thema nähern wollen. Ich lade Euch daher zu einer ViKo zum Thema Finanzausgleichsgesetz der Landtagsfraktion von B90/Die Grünen ein.

Steuertipp kompakt: Aufwandsentschädigungen von Kommunalvertretern

Mitglieder von Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen erhalten in der Regel eine Aufwandsentschädigung. Wie diese bei der Einkommensteuer berücksichtigt wird, erklärt diese Steuerkurzinformation.

https://finanzamt.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Steuerkurzinformation_Aufwandsentschaedigungen_2020.pdf

Ländliche Räume- Stadt neu denken

LAND.LEBEN.GESTALTEN - Mit LEADER für Brandenburgs ländliche Regionen: Neuauflage der LEADER-Broschüre erschienen.

Die neue LEADER-Broschüre ist da! Und der Inhalt kann sich sehen lassen: 1.500 umgesetzte Vorhaben, 500 Mio € Förderung und 400 neu geschaffene Arbeitsplätze in der EU-Förderperiode 2014-2020 durch die Mitwirkung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK). Da kann man doch wirklich stolz sein! LEADER in Brandenburg ist eine Erfolgsgeschichte, so Agrarminister Axel Vogel. Die Broschüre kann [hier](#) eingesehen werden.

Regionalversammlung mit allen Ämtern

Alle Ämter und amtsfreien Gemeinden in der Regionalversammlung vertreten

„Mit diesem neuen Gesetz **stärken wir den ländlichen Raum**, da auch kleine Gemeinden zukünftig in den Regionalversammlungen vertreten sein werden. Damit setzen wir eine Forderung der Enquetekommission Ländliche Räume der letzten Wahlperiode um.

Beschlossene Empfehlung des Ausschusses:

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3700/3764.pdf

Stadt Land Zukunft – gleiche Chancen in allen Regionen-

Dokumentation einer Veranstaltung der Bundestagsfraktion und ein Autor*innenpapier

Die Schuhe haben Lehm in den Profilen. Die Menschen sind schweigsam und zäh. Und abends

tanzt der Wind allein auf den Straßen. Wenn Städter über die ländlichen Räume sprechen, kommen schnell mal Klischees zum Vorschein.

Zu unserer Online-Konferenz „Stadt-Land-Zukunft“ trafen sich am 26. März 440 Menschen, die wissen, dass ländliche Räume auch für Lebensqualität und Vielfalt, für Experimentierräume und Innovationen, für Lösungskompetenz und hilfreiche Strukturen stehen. Die grüne Bundestagsfraktion hatte Fragen an sie und lud zum Austausch ein: Was macht die ländlichen Räume aus? Was sind die Themen vor Ort? Was funktioniert gut, wo hakt es? Und welche Wünsche und Ideen haben die Menschen aus den ländlichen Räumen für ihre Region? Uns ist klar: Keine Statistik kann das reale Leben abbilden. Was wir hier durch Zuhören lernen können, ist unersetzliche Basis für die parlamentarische Arbeit zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

<https://www.gruene->

[bundestag.de/termine/stadt-land-zukunft](https://www.bundestag.de/termine/stadt-land-zukunft)

Fazit des Autor*innenpapiers

Regionen brauchen Spielraum für Gestaltung, sie benötigen eine Grundversorgung mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs. Sie müssen fit werden für Projektförderung, brauchen aber auch stabile Finanzierungsformen, sichere Kommunal Finanzen, und eine einfachere Förderlandschaft. Wir wollen jetzt handeln und gemeinsam mit den Bundesländern einen Pakt für lebenswerte Regionen schließen. Über die

einzelnen Schritte wollen wir auf Dauer mit den Menschen und Akteur:innen in strukturschwachen Regionen im Gespräch bleiben, um Fallstricke zu kennen und bei Bedarf weiter Gesetze mit Blick auf regionale Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse zu vereinfachen. Mit dem neuen Bund-Länder-Programm „Regionale Daseinsvorsorge“ machen wir den Anfang. Zum Papier: <https://markus-tressel.de/wp-content/uploads/2021/05/210521-autorinnenpapier-stadt-land-zukunft.pdf>

Stadt neu Denken

Impulse aus vielen Bereichen der Kommunalpolitik brachte die Veranstaltung der Bundestagsfraktion Stadt neu denken. Zur Dokumentation:

<https://www.gruene-bundestag.de/termine/staedte-neu-denken>

Klimaschutz

Klimaplan Brandenburg

25. Juni 2021 | Online-
Informationsveranstaltung: Klimaplan
Brandenburg

Unter der Leitung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) wird dieses Jahr ein Klimaplan erarbeitet, der einen Weg für den Beschluss der Regierungskoalition, Brandenburg bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu gestalten, ebnet

soll. In dieser Informationsveranstaltung stellen Minister Axel Vogel (MLUK) und Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW) das Projekt und die weiteren Schritte vor. Weitere [Infos](#) und [Anmeldung](#)

Klimaschutz bei knapper Haushaltskasse

Nach Corona ist der kommunalpolitische Dauerbrenner aktueller denn je: Wie lassen sich Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz bei knapper Haushaltslage realisieren? Das Institut für Urbanistik hat dazu einen Leitfaden herausgegeben, [Klimaschutz finanzieren: Wie Sie auch bei knapper Kasse viel bewegen | Deutsches Institut für Urbanistik \(difu.de\)](#)

Arbeitshilfe Kommunale Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz:

Mit dieser Arbeitshilfe will das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung die Kommunen Brandenburgs praxisorientiert bei der großen Querschnittsaufgabe „Klimaschutz“ unterstützen. In kompakter Form werden die wesentlichen Ansätze der Stadtplanung, der Kooperationsmöglichkeiten, Förderprogramme und kommunalen Handlungsfelder benannt und zahlreiche Brandenburger Beispiele dargestellt. Die Arbeitshilfe knüpft an den Leitfaden zum „Energetischen Umbau im Quartier“ aus dem Jahr 2016 an und stützt sich auf fast zehn Jahre gemeinsamer Praxiserfahrungen, die das Ministerium und die brandenburgischen

Kommunen unter der Überschrift „Energetischer Umbau im Quartier“ gesammelt haben.

Hier die PM dazu:

<https://mil.brandenburg.de/mil/de/presse/detail/~15-04-2021-arbeitshilfe-klimaschutz>

Der Link zum Download der Arbeitshilfe findet sich hier:

<https://mil.brandenburg.de/mil/de/service/publikationen/detail-publikationen/~15-04-2021-arbeitshilfe-kommunale-handlungsmoeglichkeiten-fuer-den-klimaschutz-barrierefrei> Die Druckversion wird im Mai erwartet und im MIL und an die Kommunen verteilt.

Mobilität

Leitfaden für die Erstellung von Ausschreibungstexten für kommunale Radverkehrskonzepte im Land Brandenburg

wir möchten Ihnen hier den vom ADFC Brandenburg entwickelten

Leitfaden für die Erstellung von Ausschreibungstexten für kommunale Radverkehrskonzepte im Land Brandenburg vorstellen und würden uns freuen, wenn Sie auf ihn hinweisen bzw. ihn weiterleiten.

Worum es geht:

Das Land Brandenburg möchte den Radverkehr in den Brandenburger Kommunen stärken und weiterentwickeln.

Hierfür sollen Radverkehrsmaßnahmen gefördert und den Kommunen finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Eine Voraussetzung der Förderung ist das Vorhandensein eines Radverkehrskonzeptes, in

dem diese Maßnahmen aufgeführt sind.

Viele Brandenburger Kommunen stehen somit vor der Aufgabe, ein Radverkehrskonzept (oder ein integriertes Mobilitätskonzept mit dem Schwerpunkt Radverkehr) zu erstellen.

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) Brandenburg hat daher einen Leitfaden für die Erstellung von Ausschreibungstexten für kommunale Radverkehrskonzepte im Land Brandenburg erstellt.

Dieser Leitfaden soll eine pragmatische Unterstützung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung sein, die die Aufgabe bekommen, ein Radverkehrskonzept auszuschreiben (dies aber noch nicht getan haben).

Wir freuen uns, wenn Sie den Leitfaden über Ihr Netzwerk bekannt machen und er so den Weg zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Verwaltungen findet, natürlich vor allem dann, wenn aktuell die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes in den kommunalen Verwaltungen und Gremien diskutiert wird.

Der hier vorliegende Leitfaden ist der erste Entwurf und kann hier heruntergeladen werden: https://brandenburg.adfc.de/fileadmin/Gliederungen/Pedale/brandenburg/Publikationen/Leitfaden_Ausschreibung_Radverkehrskonzept_ADFC_Brandenburg.pdf

Ziel ist es, den Leitfaden entsprechend der Bedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen weiterzuentwickeln und zu verbessern. Daher freuen wir uns über Rückmeldungen aller

Art – gerne per E-Mail an
radverkehr@brandenburg.adfc.de.

Beratung von Kommunen beim Bau von Bike-and-Ride-Anlagen im Land Brandenburg

Die Vernetzungsstelle B+R soll die Kommunen im Land Brandenburg bei der Planung von B+R-Anlagen beraten. Hauptthemenfelder sind die Dimensionierung, Standortwahl, Einwerbung von Fördermitteln, Klärung von Grundstücksfragen sowie Kontaktvermittlung zu weiteren Akteuren der Bahnhofsentwicklung.

Die neue AKP 3/2021 Mobilität!

Fahrad-Boom und E-Tretroller-Verleihsysteme, Mobilität blinder und sehbehinderter Menschen, Lieferverkehr mit Mikrodepots und Logistik auf dem Land, von der kommunalen Mobilitätsstrategie bis zur Bundesebene: Der Schwerpunkt **Mobilität in AKP 3/21** ist eine runde Sache.

Weitere Themen:

Rietberger Förderprogramm für Klimaschutz

Digitalisierungsausschuss in Bielefeld

Klärschlamm-Entsorgung: Ungeklärte Fragen

Mein Recht als Ratsmitglied: Befangenheit

Kommunalwahlen in Hessen

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand

[Hier geht es zur Einzelheft-Bestellung.](#)

Abopreis: 60 Euro (sechs Ausgaben im Jahr)



Auf dieser Seite tragen wir Material zusammen, das die Ratsarbeit unter den aktuell verschärften Bedingungen erleichtern soll. Sie wird von uns kuratiert und regelmäßig aktualisiert.

Neu auf akp-redaktion.de:

Aus AKP 3/2021

Der Kommentar von Wolfgang Pohl:

[Greensill: Die Suche nach dem Schuldigen](#)

Aus AKP 2/2021

Kerstin Celina:

[Young Carer: Wenn Kinder und Jugendliche zu Pfleger*innen werden](#)

Young Carer schultern mehr, als ihre jungen Schultern tragen können. Sie brauchen selbst – altersgerechte! – Unterstützung und sind bislang fast nie im Blickfeld politischer Arbeit.

Aus AKP 1/2021

Jan Philipp Albrecht:

[Onlinezugangsgesetz in Schleswig-Holstein: Alle Perspektiven zusammenführen](#)

Die meisten Verwaltungsleistungen müssen bis Ende 2022 online funktionieren. Ein großer Kraftakt, der kaum allein zu stemmen ist. Daher geht es bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in erster Linie um die Kooperation von allen mit allen.

Aus AKP 2/2020

Mathias Wilde und Judith Hojer:

[Auswertung von kommunalen Mängelmeldern –](#)

[Teil 2:](#)

[Es bleibt holprig – Fahrradfahren in der Stadt](#)

Über kommunale Mängelmelder können Bürger*innen auf verschiedenste Defizite im öffentlichen Raum hinweisen. Dabei werden auch strukturelle Schwachstellen im Verkehrsbereich sichtbar. Ein erster Beitrag befasste sich mit den Widrigkeiten des Fußverkehrs. Dieser zweite Teil wirft nun einen Blick auf Meldungen zum Radverkehr.

Aus AKP 6/2019

Matthias Wilde:

Auswertung von kommunalen Mängelmeldern –

Teil 1:

Die Misere des Fußverkehrs

Üblicherweise beschränken sich die Kategorien eines Mängelmelders auf Müllablagerungen, Laternenausfälle, Gefahrenstellen oder Straßenschäden. Bei manchen dieser Online-Plattformen sind die Themen weiter gefasst und ermöglichen Hinweise zu strukturellen Defiziten, etwa im Verkehrsbereich. Einige der Antworten offenbaren eine fatale Haltung mancher Verwaltung: die Marginalisierung des Fußverkehrs.

BSBB Bündnis Schiene Berlin- Brandenburg

Ausbau des Schienenverkehrs in der Region Berlin-Brandenburg „Zielnetz 2035“ und mehr findet man auf den Seiten dieses Netzwerks.
Buendnis-schiene-bb.de

Deutschlandweites Soforthilfeprogramm für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen

Mit dem Soforthilfeprogramm “Vor Ort für Alle” fördert der Deutsche Bibliotheksverband bundesweit zeitgemäße Bibliothekskonzepte in Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern. Ziel ist es, Bibliotheken als “Dritte Orte” auch in

ländlichen Räumen zu stärken und so einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen zu leisten. [Weiterlesen](#)

Broschüre: „Pflege vor Ort gestalten“ – Anregungen für Kommunen in Brandenburg

Wie können Gemeinden, Ämter und Städte die Fördermittel einsetzen, die das Land Brandenburg für die Pflegestrukturen vor Ort zur Verfügung stellt? Dazu geben die Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ) und das Kompetenzzentrum Demenz für das Land Brandenburg in der Broschüre praxisnahe Anregungen und Hinweise. „Pflege vor Ort“ ist eine Säule des „Pakt für Pflege“, den das Land Brandenburg am 23.12.2020 beschlossen hat. Die Broschüre kann [hier](#) eingesehen werden.

Rechte Hetze- Unterstützung keine Räume für Rechte- Kontern rechter Klimakritik

Keine Räume für Parteien aus anderen Ländern

Der Landkreis Havelland wusste sich aber gegen zukünftige AfD Anfragen zu wehren und änderte das Nutzungsrecht aller landeseigenen Räume, sodass nur noch Brandenburger Afd Strukturen landeseigene diese nutzen können. Vollkommen rechtskonform. Der Landkreis hat im Ältestenrat beschlossen, dass nur Brandenburger Parteien einen Saal anmieten können. Entsprechend hat der Landrat die kreiseigenen Betriebe und Verwaltungen angeordnet, hierauf zu achten.

Sollte die Nutzung durch Satzungen geregelt sein, müssten die Satzungen angepasst werden.

Umgang mit Hass und Hetze

Seid ihr Hass und Hetze im Netz oder auf der Straße ausgesetzt, meldet euch bei der Anlaufstelle gegen Rechts mit einer Mail an anlaufstelle@gruene.de. Wenn euch Fake News über die Partei oder Politiker*innen begegnen, sendet diese an falschmeldungen@gruene.de

Auch die Bundesstiftung der HBS bietet weitere Infos und Anregungen zur Hilfe rund ums Thema:

- [Kommunalwiki](#)

- [Studienpublikation der HBS](#)

- <https://www.stark-im-amt.de/>

RBB- Beitrag: [Kommunalpolitik in Brandenburg: "Wir müssen uns als Bürgermeister nicht beschimpfen lassen" | rbb24](#)

Online Seminar:

Dicke Luft: Rechte Klimaschutzkritik in der Kommunalvertretung kontern!

Mit: Timm Köhler, Netzwerk GEGENARGUMENT

Wann: Samstag, 19. Juni 2021

Von/ bis: 10-13 Uhr

Zum Seminar: Die Leugnung des Klimawandels ist eines der Hauptthemen rechter Parteien und Vereinigungen. Bündnisgrüne sind ihre liebste Zielscheibe und das auch in der

Kommunalvertretung. Wie kann angemessen reagiert werden? Helfen inhaltliche Argumente? Wann funktioniert die harte Grenze? Welche weiteren Optionen gibt es? In dem Seminar werden rechte Kommunikationsstrategien betrachtet und diesen eigene Gesprächsstrategien entgegengesetzt. Dafür wird in niedrigschwelligen Rollenspielen auch das Argumentieren geübt. Das Seminar ist ein kommunikationspraktisches Training und keine Einführung in die Klimaschutzdebatte. Inhaltliche Argumente finden sich unter www.klimafakten.de

Seminarleitung:

Timm Köhler, M.A. Politik und Geschichte Osteuropas, Systemischer Coach; arbeitete bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) sowie bei der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ).

Anmeldung unter:

<https://www.gbk-brandenburg.de/online-seminar-dicke-luft-rechte-klimaschutzkritik-in-der-kommunalvertretung-kontern/>

Kosten:

Die Teilnahme ist kostenfrei